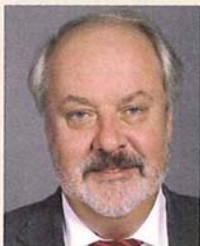


## GASTKOLUMNE

### Notwendige Bauprojekte gehören nicht auf die lange Bank

Urs Hany, Nationalrat und Vorstandsmitglied des Fachverbands Infra

Der Bundesbeschluss über das Nationalstrassennetz soll revidiert werden. Doch Einigkeit über die Vorlage der Landesregierung herrscht beim Bund und den Kantonen bei weitem nicht. Mindestens 400 Kilometer liegen die Vorstellungen über die Ausgestaltung des künftigen Regelwerks auseinander. Die Vernehmlassung über den bundesrätlichen Gesetzesentwurf hat nämlich gezeigt, dass sich die Kantone zwar für die Aufnahme von 400 Kilometern Kantonsstrassen samt Unterhalts- und Betriebskosten ins nationale Strassennetz aussprechen. Sie wollen jedoch keinesfalls auf die Beträge verzichten, die sie bisher aus Bern erhalten haben. Eine solche Kompensation sei mit dem neuen Finanzausgleich weder nötig noch berechtigt. Dem widerspricht der Bundesrat. Bis man sich einig wird, bleibt nun also weiter unklar, wem die besagten Strassenabschnitte dereinst gehören sollen. Es spielt grundsätzlich zwar



keine Rolle, wer der Eigentümer der Strassenabschnitte ist. Solange jedoch niemand mit abschliessender Sicherheit für die Strassen und deren Werterhaltung zuständig ist, droht die Gefahr, dass die notwendigen Investitionen nicht getätigt werden. Mit gravierenden Folgen.

Verzichtet man heute auf den baulichen Unterhalt, fällt er morgen umso teurer aus. Ich gehe davon aus, dass der Streit zwischen dem Bund und den Kantonen die Ausführung baureifer Nationalstrassenabschnitte massiv verzögern wird. Betroffen wären Abschnitte wie beispielsweise die A53 von Brütisellen über Wetzikon bis nach Schmelikon.

Dieser Zustand darf im Interesse einer funktionierenden Strasseninfrastruktur und der öffentlichen Finanzen nicht andauern. Ich habe in dieser Wintersession im Nationalrat eine Motion eingereicht, die während der Übergangsphase klare Verhältnisse schaffen wird. Sie verlangt ausdrücklich, dass der

Bund bis zur definitiven Klärung der Zuständigkeiten die Ausbauprojekte vorfinanziert und umgehend zur Ausführung freigibt. Eine solche Massnahme lohnt sich und setzt, gerade angesichts der angespannten Wirtschaftslage, die richtigen Akzente. In Anbetracht der drohenden Wirtschaftskrise setze ich mich in Bern auch für eine leistungsfähige und kundenfreundliche Schieneninfrastruktur ein. Der Bund darf die anstehenden Ausbau-, Neubau- und Unterhaltsarbeiten nicht weiter vor sich her schieben. Ich habe im Parlament eine weitere Motion eingebracht, die verlangt, dass dafür im kommenden Jahr rund 500 Millionen und im Jahr 2010 knapp 600 Millionen Franken zusätzlich freigegeben werden. Denn Verkehrsinfrastrukturen zu vernachlässigen, käme die Schweizer Volkswirtschaft teuer zu stehen. So weit dürfen wir es nicht kommen lassen.

Fachverband  
**Infra**